

INHALT

TITEITHEMA: FINWANDERUNG

- 4 WIRTSCHAFT & SOZIALES
 "Weniger Zuwanderung würde viele
 Probleme verschärfen"
 Interview mit Dr. Wido Geis-Thöne
- 8 KOMMUNALPOLITIK "Ich kann nur versuchen, Brücken zu bauen" Interview mit Ali F. Danabas
- 11 BILDUNG & ALLTAG "In der neuen Sprache baden" Interview mit Bernhard Suttner
- 14 EU-FLÜCHTLINGSPOLITIK "Abschreckung statt Menschlichkeit" Interview mit Katrin Glatz Brubakk
- 18 FREMDENFEINDLICHKEIT Zynische Scheinlösung von Günther Hartmann

ÖDP INTERN

- 22 BUNDESVORSTAND

 Einwanderung ein heißes Eisen
 erfordert Fingerspitzengefühl!
 von Charlotte Schmid
- 25 BUNDESVERBAND
 Europawahl 2024
 von Dr. Claudius Moseler
- 26 BUNDESVERBAND
 Gründungsversammlung der
 "Maria Opitz-Döllinger Stiftung"
 von Thomas Schiffelmann
- 29 LANDESVERBÄNDE
- 35 BUNDESARBEITSKREIS MOBILFUNK Elektrosmog reduzieren
- 36 BUNDESARBEITSKREIS ASYL & INTEGRATION Migration – ein wichtiges aktuelles Thema
- 37 BUNDESARBEITSKREIS CHRISTEN IN DER ÖDP Infostand beim Katholikentag 2024
- 39 TERMINE. IMPRESSUM



Liebe Leserinnen und Leser,

Einwanderung ist bei jeder Wahl ein zentrales Thema. Weil die AfD gezielt irrationale Ängste schürt. Weil bei der Integration viel schiefgelaufen ist. Und weil auch gegenwärtig unter der "Ampel" viel schiefläuft. Eine Ohrfeige für die "Grünen" war im Juli der Parteiaustritt ihrer türkischstämmigen Bundestagsabgeordneten Melis Sekmen. Eine "vergiftete Debattenkultur" nennt sie als Grund und fordert: "Man muss unbequeme Realitäten benennen!"

Eine unbequeme Realität ist sicherlich, dass die vielen neuen Einwanderer integriert werden müssen – sonst sind große soziale Probleme vorprogrammiert. Eine schwierige Aufgabe, aber keine unmögliche. Doch was macht die "Ampel"? Sie kürzt in ihrem Haushaltsentwurf für 2025 die Mittel für Sprach- und Integrationskurse um mehr als die Hälfte gegenüber 2024.

Zur unbequemen Realität gehört auch, dass die Bundestagsparteien immer einen von ihren Ideologien verzerrten Blick auf die Einwandererthematik hatten. In der CDU/CSU galt noch unter der Regierung Kohl das Motto "Deutschland ist kein Einwanderungsland" – obwohl seit den 1950er-Jahren Millionen Arbeitskräfte zugewandert waren. Mit der Bezeichnung "Gastarbeiter" wurde betont, dass sie irgendwann wieder gehen sollten.

SPD und "Grüne" hingegen propagierten ein "Multikulti". Doch hinter dieser scheinbar ausländerfreundlichen Offenheit und Toleranz verbarg sich ein fatales Desinteresse an einer wirksamen Integrationspolitik, ein feiges Wegducken vor der Tatsache, dass sich unter den Einwanderern zunehmend Parallelgesellschaften bildeten, die von unserer im Grundgesetz definierten Leitkultur wenig wussten und wenig hielten.

Wir müssen den unbequemen Realitäten ins Auge blicken! Und menschengerechte Antworten finden! Denn es werden noch mehr Einwanderer zu uns kommen. Weil unsere Wirtschaft sie braucht. Und weil die Krisen weltweit zunehmen und Menschen zur Flucht zwingen.

Viel Spaß beim Lesen, Nachdenken und Diskutieren wünschen Ihnen

Ihre

Guillier Admann Jan Attnickel

PS: Weitere Artikel, Interviews, Kolumnen und Buchrezensionen finden Sie auf der www.oekologiepolitik.de

Günther Hartmann

Verantwortlicher

Redakteur



Jan Altnickel
Stellvertretender
verantwortlicher
Redakteur



ÖP Nr. 196 | September 2024

WIRTSCHAFT & SOZIALES

"Weniger Zuwanderung würde viele Probleme verschärfen"

Der demografische Wandel stellt unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Zuwanderung kann die sich schon längst abzeichnenden Probleme lösen helfen. Sie sollte aber durch politische Maßnahmen gesteuert werden, um eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Interview mit Dr. Wido Geis-Thöne

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Geis-Thöne, wo stünde Deutschland heute ohne die bereits erfolgte Zuwanderung?

Dr. Wido Geis-Thöne: Deutschland hatte in der Nachkriegszeit eine sehr spezifische demografische Entwicklung. Nach einem Babyboom in den 1950er- und 1960er-Jahren haben sich die Geburtenzahlen von 1964 bis 1975 etwa halbiert. Lange war dies ökonomisch vorteilhaft, da anteilsmäßig be-

"Die Babyboomer-Jahrgänge scheiden aus dem Erwerbsleben aus, was Fachkräfteengpässe und Finanzierungslücken im Sozialsystem zur Folge hat."

sonders viele Menschen im erwerbsfähigen Alter waren. Doch jetzt scheiden die Babyboomer-Jahrgänge zunehmend aus dem Erwerbsleben aus, was Fachkräfteengpässe und zunehmende Finanzierungslücken im sozialen Sicherungssystem zur Folge hat. Wären in den letzten Jahren nicht so viele Arbeitskräfte insbesondere aus den neuen EU-Mitgliedsländern zugewandert, wären diese Probleme heute bereits viel manifester. Auch wäre die

Dr. Wido Geis-Thöne

Jahrgang 1981, studierte Internationale Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Ostasien, promovierte, war von 2007 bis 2011 beim ifo-Institut tätig und ist seit 2011 Senior Economist beim Institut

der deutschen Wirtschaft (IW). Seine Tätigungsschwerpunkte sind dort Bildung, Familienpolitik und Zuwanderung.

geis@iwkoeln.de

Gesellschaft ohne die Zuwanderung der letzten Jahrzehnte eine vollkommen andere. Die starken italienischen Einflüsse auf unsere Esskultur hätten ohne den Zuzug der Gastarbeiter in den 1950er- und 1960er-Jahren so kaum erfolgen können.

"Wären in den letzten Jahren nicht so viele Arbeitskräfte zugewandert, wären die Probleme heute bereits viel manifester."

Was wäre, wenn Deutschland künftig weniger oder keine Zuwanderung hätte?

Dann wäre mit einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung und damit auch mit abnehmendem Wohlstand zu rechnen.



Das lässt sich nicht so pauschal sagen. Wir haben eine bedeutende Zahl hochqualifizierter Zuwanderer, die in gut bezahlten Engpassberufen im medizinischen, technischen und IT-Bereich tätig werden. Zudem werden insbesondere Personen aus den neuen EU-

"Ohne Zuwanderung dürften sich Probleme bei der Versorgung mit medizinischen und pflegerischen, aber auch handwerklichen Leistungen ergeben."

Zudem dürften sich Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen und pflegerischen, aber auch handwerklichen Leistungen ergeben. Insgesamt würde sich das Leben in Deutschland sehr wahrscheinlich wesentlich schwieriger gestalten.

In welchen Berufen landen Einwanderer derzeit vor allem?

Mitgliedsländern häufiger in Tätigkeitsfeldern wie der Fleischerei aktiv, für die sich nur sehr schwer inländische Arbeitskräfte finden lassen. Anders als andere Zuwanderergruppen lassen sich diese auch häufig in den vom demografischen Wandel stärker betroffenen ländlichen Bereichen nieder. Geflüchtete hingegen üben vor dem Hintergrund eines nied-



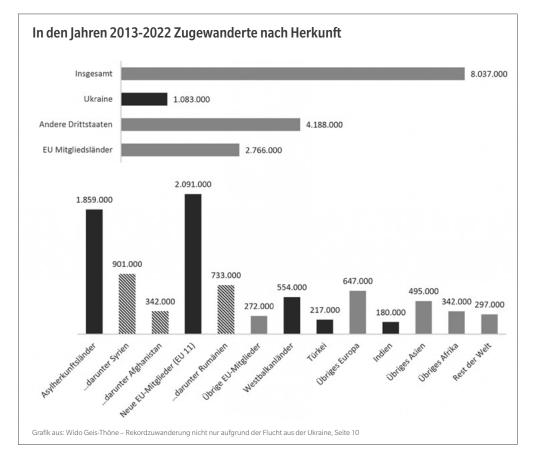
rigen Qualifikationsniveaus meist einfache Helfertätigkeiten aus.

Was sind die größten Probleme bei der Integration von Einwanderern?

Auch hier darf man keinesfalls alle über einen Kamm scheren. Bei den Erwerbs- und Bildungsmigranten aus den anderen EU-Ländern und aus Drittstaaten haben wir keine massiven Integrationsprobleme. Dennoch könnten der Erwerb der deutschen Sprache und der Austausch mit der inländischen Bevölkerung noch stärker gefördert werden. Kanada ist hier Vorbild. Völlig anders stellt sich die Situation bei Geflüchteten dar. Diese tun sich häufig sehr schwer, am deutschen

Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, und sind langfristig auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen. Dabei sind mangelnde Qualifikationen bis hin zu Lücken bei der Grundbildung ein Hauptgrund. Diese erschweren auch den Erwerb der deutschen Sprache und das Nachholen von Bildungsabschlüssen. Hinzu

"Bei den Erwerbs- und Bildungsmigranten aus den anderen EU-Ländern und aus Drittstaaten haben wir keine massiven Integrationsprobleme."



kommt, dass sie teilweise keine starken Anreize haben, sich schnell in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren, da sie anders als andere Zuwanderergruppen direkt nach ihrer Einreise Zugang zu einer im internationalen Vergleich sehr großzügig bemessenen sozialen Sicherung haben.

Was sollte zur Lösung dieser Probleme getan werden?

Letztlich ist ein Konzept des Forderns und Förderns notwendig, um die Integration der Geflüchteten zu stärken. Insbesondere sollte das Asylbewerberleistungsgesetz dahingehend überarbeitet werden, dass wie beim Bürgergeld grundsätzlich die Erwartung besteht, dass die Geflüchteten eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Dafür müssten dann natürlich auch rechtliche Hürden für den Arbeitsmarktzugang weiter abgeschafft werden. Ebenfalls gehandelt werden muss beim Thema Nachqualifizierung. Einerseits ist hier ein weiterer passgenauer quantitativer und qualitativer Ausbau der Angebote notwendig. Andererseits müssen aber auch die Anreize

"Völlig anders stellt sich die Situation bei Geflüchteten dar. Diese tun sich häufig sehr schwer, am deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen."

für die kontinuierliche, aktive Teilnahme gestärkt werden. Die Statistiken zu den Integrationskursen deuten darauf hin, dass viele Teilnehmer irgendwann einfach nicht mehr zum Unterricht erscheinen.

Wie wirkt sich die Zuwanderung auf die Herkunftsländer aus?

Wo Länder bereits stärker vom demografischen Wandel betroffen sind, ist es für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eher ungünstig, wenn in größerem



Wido Geis-Thöne

Rekordzuwanderung nicht nur aufgrund der Flucht aus der Ukraine

Eine Betrachtung der im Jahr 2022 bedeutendsten Wanderungsbewegungen IW-Report 42, September 2023

www.t1p.de/9yg3p

Wido Geis-Thöne

Die Bedeutung der Zuwanderung für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands

Aktueller Stand und politische Gestaltungsmöglichkeiten

IW-Analysen 151, Oktober 2022

www.t1p.de/7zlfz

Maße junge Menschen abwandern. Das trifft vorwiegend auf den östlichen Teil Europas zu. Wo die Oualifikationsstruktur der Bevöl-

"Letztlich ist ein Konzept des Forderns und Förderns notwendig, um die Integration der Geflüchteten zu stärken."

kerung sehr ungünstig ist, kann es zu großen Problemen führen, wenn gut qualifizierte Fachkräfte die Länder verlassen. Dies gilt insbesondere für die afrikanischen Länder südlich der Sahara. Gleichzeitig ist es hier vor dem Hintergrund eines noch sehr starken Bevölkerungswachstums allerdings in der Regel sehr vorteilhaft, wenn Niedrigqualifizierte abwandern. In demografiestarken Ländern mit mittlerem Entwicklungsstand wie z.B. Indien ist die Lage nochmals ganz anders. Dort kann die Möglichkeit, ins Ausland zu gehen, Bildungsinvestitionen attraktiver machen und vorübergehende Auslandsaufenthalte können Wissen ins Land bringen, sodass auch die Abwanderung von Fachkräften nicht unbedingt nur negative Effekte haben muss.

Herr Dr. Geis-Thöne, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

6 ÖP Nr. 196 | September 2024 ÖP Nr. 196 | September 2024

KOMMUNALPOLITIK

"Ich kann nur versuchen, Brücken zu bauen"

Die Integration von Einwanderern entscheidet sich maßgeblich vor Ort, auf der kommunalen Ebene. Viele Kommunen haben deshalb in den letzten Jahren neue Stellen eingerichtet, die sich darum kümmern sollen. Aber was können diese konkret tun? Und welche Probleme treten überhaupt auf?

Interview mit Ali E. Danabas

OkologiePolitik: Herr Danabas, seit wann gibt es im Landkreis München die Stelle des Integrationsbeauftragten? Und warum wurde sie eingerichtet?

Ali E. Danabas: Die Stelle gibt es seit 2008. Das war für die damalige Zeit ziemlich progressiv für einen Landkreis. Zu verdanken haben wir die Stelle dem damaligen Landrat Heiner Janik, der hellhörig wurde, als ich mich 2007 mit einer Initiativbewerbung für die noch nicht vorhandenen Aufgabenfelder bewarb. Daraufhin hat sich der Landrat höchstpersönlich für die Schaffung der Stelle eingesetzt, weil ihm bereits deutlich geworden war, dass es auf kommunaler Ebene einen Ansprechpartner für eingewanderte Menschen im Landratsamt braucht. So gesehen war die Zeit reif dafür und für mich war es damals aufgrund meiner Erfahrungen wie eine Berufung.

Was sind die größten Probleme bei der Integration von Einwanderern?

Im Fokus meiner Arbeit stehen nicht nur Einwanderer, sondern ganz ausdrücklich auch die alteingesessenen Menschen. Denn von den Veränderungen durch die Einwanderung sind ja alle gleichermaßen betroffen. Daher vermeide ich, soweit es geht, den Begriff "Integration". Es geht ja in erster Linie

um gesellschaftlichen Zusammenhalt und um ein respektvolles Zusammenleben. Wichtig sind deshalb die Rahmenbedingungen.

"Im Fokus meiner Arbeit stehen nicht nur Einwanderer, sondern ganz ausdrücklich auch die alteingesessenen Menschen."

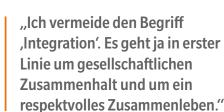
Nicht nur die Verständigung zwischen den Menschen verschiedener Herkunft und verschiedenen Glaubens, sondern auch Menschen mit verschiedenen Bildungsgraden und wirtschaftlichen Möglichkeiten hängen von den Strukturen ab. Die Schaffung von Chancengleichheit und die Schöpfung von

Ali E. Danabas

Jahrgang 1970, in der Türkei geboren, wanderte 1979 mit seinen Eltern nach Deutschland ein und studierte nach seinem Abitur in Deutschland Philosophie, Publizis tik. Politik und Germanistik sowie



danabasa@ira-m.bayern.de



tungen sind notwendig. Zusammen essen und trinken bringt Menschen einfach zusammen. Dafür haben wir sogar einen Fördertopf, sodass sie bei Bedarf bezuschusst werden können. Unabhängig davon haben wir aus Handlungsfeldern wie Bildung, Teilhabe und Arbeit

"Die Schaffung von Chancengleichheit und die Schöpfung von Potenzialen sind die größten Herausforderungen."

etwa 90 Projekte in einem Konzept, das vor 4 Jahren im Kreistag einstimmig beschlossen wurde, zusammengefasst.

Braucht es für unterschiedliche Einwanderergruppen unterschiedliche Maßnahmen?

Ganz spontan würde ich sagen "Nein". Ich würde weder ethnisieren noch kulturalisieren. Das würde von den wahren Herausforderungen ablenken. Jedoch: So individuell die Menschen auch sein mögen, je nach Situation oder Phase, in der sie sich befinden,



Ali E. Danabas (links) bei der Ergebnis-Präsentation eines 2017 durchgeführten Workshops

Potenzialen sind aus meiner Sicht die größten Herausforderungen.

Was sind die wichtigsten Maßnahmen, um die Integration voranzubringen?

So banal sich das auch anhört: In einer immer "roher" werdenden gesellschaftlichen Atmosphäre sehe ich es als eine meiner wichtigsten Aufgaben an, Brücken zu bauen zwischen Menschen, die sich immer weiter voneinander entfremden. Begegnungsveranstaltungen,

Feste oder niederschwellige Dialogveranstal-

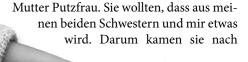
ÖP Nr. 196 | September 2024 ÖP Nr. 196 | September 2024

"Zusammen essen und trinken bringt Menschen einfach zusammen."

Landkreis eine große Herausforderung, für die wir einen eigenen Fachbereich haben. Wogegen z.B. eine chinesische Professorin an der Universität in Garching oder ein indischer Programmierer in Unterföhring einen ganz anderen Aufenthaltsstatus hat und dementsprechend andere Baustellen zu bewerkstelligen sind.

Sie haben ja auch Migrationshintergrund. Welche Erfahrungen haben Sie selbst gemacht?

Ich bin ein "klassisches" Gastarbeiterkind. Meine Eltern sind in den 1970er-Jahren nach einer Binnenwanderung in der Türkei nach Ankara als Arbeiter nach Deutschland gekommen - genauer gesagt: nach Ostwestfalen. Mein Vater war Müllmann und meine





Landkreis München Integrationsbeauftragter www.t1p.de/3pen2

Bundesregierung Integrationsbeauftragte www.integrationsbeauftragte.de

Deutschland. Ich bin also in einem ganz anderen Milieu groß geworden als das, in dem ich in und nach meinem Studium gelandet bin. In verschiedenen Milieus gewesen zu

"Für meine Kinder, Neffen und Nichten ist der Rassismus kein so großes Thema mehr wie für mich oder meine Eltern."

sein und immer noch zu sein, ist spannend und eine Bereicherung. Aber ja, ich habe leider auch Erfahrungen mit Rassismus machen müssen. Der Rassismus ist immer noch eine große Hürde für viele im Alltag, wie zum Beispiel bei der Wohnungs- und Arbeitssuche. Ich weiß aber von meinen Kindern, Neffen und Nichten, dass der Rassismus für sie kein so großes Thema mehr ist wie für mich oder meine Eltern.

Welche Ratschläge können Sie heutigen Einwanderern geben?

Ich bin nur Angestellter in einer Behörde und auch persönlich oft hilflos. Ich kann und will niemandem Ratschläge erteilen, das wäre anmaßend. Die Menschen wissen schon selber, was gut ist und was schlecht ist. Jeder ist anders. Jeder hat andere Fähigkeiten, Interessen, andere Ziele und andere Möglichkeiten. Soll jeder seine eigenen Erfahrungen machen. Ich kann nur versuchen, Brücken zu bauen und vielleicht einen gerechteren Weg für einige Menschen zu ebnen.

Herr Danabas, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

BILDUNG & ALLTAG

"In der neuen Sprache baden"

Die Sprache der neuen Heimat gut zu beherrschen, ist der wohl wichtigste Schlüssel für Einwanderer, um sich gut integrieren zu können. Sprachkurse sollten deshalb in ausreichender Quantität und Qualität angeboten werden. Doch wie lässt sich eine Sprache eigentlich am besten erlernen?

Interview mit Bernhard Suttner

ÖkologiePolitik: Herr Suttner, wie erlernen Einwanderer am besten die deutsche Sprache?

EINWANDERUNG

Bernhard Suttner: Die beste Möglichkeit, eine Fremdsprache zu erlernen, ist nach heutigem Kenntnisstand das sogenannte "Sprach-Bad". Wer sich am Alltagsleben der aufnehmenden Gesellschaft hörend beteiligt, deren Medien intensiv nutzt und möglichst viele eigene Mitteilungsversuche unternimmt, "badet" in der neuen Sprache und kann sich gegen das "Nass-Werden" gar nicht wehren. Umgekehrt behindert, verzögert oder verhindert jede Separation den Spracherwerb. Die kann auftreten, weil sich Migrantinnen und Migran-

"Jede Separation behindert, verzögert oder verhindert den Spracherwerb."

ten selbst von der aufnehmenden Gesellschaft fernhalten - oder weil sie ferngehalten werden. Eine weitere Problematik stellen veraltete Methoden in Deutsch-Kursen dar. Die drehen sich oft primär um den Erwerb korrekter Grammatik - und sind fern der Alltagsrealitäten. Das fördert Hemmungen und Unlust.

Was bedeutet das für die Kinder der Einwanderer?

Die lange oder gar dauerhafte Separation von Kindern in eigens eingerichteten "Mi-

Bernhard Suttner

Jahrgang 1949, studierte Politikwissenschaft, Pädagogik sowie Christliche Gesellschaftswissenschaften und arbeitete anschließend als freiberuflicher Referent in der Erwachsenenbildung. 1978 gründete

er die "Grüne Aktion Zukunft" mit, verließ diese wiede und gründete 1982 die ÖDP mit. Von 1991 bis 2011 war er Landesvorsitzender der ÖDP Bayern, seit 2011 ist er ihr Landesbeauftragter für Grundsatzfragen. 2023 veröffentlichte er mit Agnes Becker und Tobias Ruff die Streitschrift "Wir haben genug!".

bernhard.suttner@t-online.de

grantenklassen" ist problematisch. Kinder sollten überwiegend in Klassen unterrichtet werden, in denen sie die deutsche Sprache von Gleichaltrigen und Lehrenden hören. Unterstützende Deutschstunden nur für Migrantenkinder können hilfreich sein. Normalfall sollte aber der gemischte Unterricht sein.

In Kitas und Schulen werden Kinder von Einwanderern oft gemobbt. Was lässt sich dagegen tun?

Mobbing in Schulklassen ist ein Phänomen, das unabhängig von Migration auftritt. Es muss von allen Verantwortlichen im Schulalltag beobachtet und bearbeitet werden. In einer modernen Schullandschaft arbeiten Teams von Lehrerinnen und Lehrern, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen zusammen mit Elternvertreterinnen

operatives Klima zu pflegen und Störungen gefährlich. Wie Mobbing erkannt und bearwie Mobbing rechtzeitig zu erkennen und zu beitet werden kann, muss Thema in der Fortbearbeiten. Es muss ein vorrangiges Ziel der bildung aller Lehrkräfte sein. Sehr hilfreich ist Schulpolitik sein, solche Teams überall zu er- auch das kontinuierliche Training von mögmöglichen, um das Einzelkämpfertum isoliert lichst vielen Kindern und Jugendlichen zu

..Kinder sollten in Klassen unterrichtet werden. in denen sie die deutsche Sprache von Gleichaltrigen und Lehrenden hören."

sen. Wenn in solchen Teams auch Personen gestaltet werden. Das Ignorieren von Mob- im Modus des "Habens", wie Erich Fromm bing wäre ein schweres Versäumnis. Vor allem sogenanntes "Cyber-Mobbing" wird von den verantwortlichen Erwachsenen sehr oft

und Elternvertretern zusammen, um ein ko- und lange nicht erkannt, ist aber besonders arbeitender Lehrerinnen und Lehrer abzulö- den Themen "Streitschlichtung" und "Konfliktvorbeugung". Solche Trainings gehören eigentlich zum Unterricht in Alltagskompetenz, weil die dabei erlernten Fähigkeiten für gutes Leben in Partnerschaften und Arbeitsplatz-Gruppen äußerst hilfreich sind.

Sollte den kulturellen Werten der Einwanderer mehr Beachtung und Verständnis geschenkt werden?

Es gibt in anderen Kulturen wichtige Ansätmit Kenntnissen in der Herkunftssprache zu- ze zu einer zukunftsverträglichen Definition gewanderter Kinder mitarbeiten, kann diese des "guten Lebens". Wir in den Industriena-Arbeit erheblich leichter und erfolgreicher tionen leben seit mehr als einem Jahrhundert das genannt hat, und vernachlässigen den Modus des "Seins", der weit erfüllender wäre. Das "Immer mehr und nie genug haben wollen" ist als Ziel nicht mehr verantwortbar, weil

"Es gibt in anderen Kulturen wichtige Ansätze zu einer zukunftsverträglichen Definition des , guten Lebens'."

es unseren Planeten für uns selbst und viele andere Lebewesen ruinieren würde. Deshalb sind wir darauf angewiesen, tragfähige Konzepte für "gutes Leben" zu entdecken. Dabei könnten uns Menschen aus Ländern mit einer traditionell nicht total materialistischen Glücksvorstellung helfen. Problematisch ist jedoch, dass Migrantinnen und Migranten sehr oft aus Kulturen mit geringeren Ansprüchen an die materiellen Seiten des Lebens kommen, hier bei uns aber genau die "westliche" Lebensform des materiellen Überflusses

suchen. Dies trifft nicht auf die Menschen zu. die wegen politischer, religiöser oder sonstiger Verfolgung auf der Flucht sind. Die bei uns händeringend gesuchten ausländischen Arbeitskräfte haben jedoch sehr oft materielle Motive, die unserem eigenen "normalen" Lebensgefühl absolut entsprechen. Dies ist ihnen keineswegs vorzuwerfen. Wir sollten aber versuchen, mit ihnen ins Gespräch über ihre Traditionen zu kommen, um zu erfahren, welche Glücksvorstellungen es in ihren Herkunftskulturen gibt. Dabei sollten wir ihnen

"Wir sollten von ankommenden Menschen ein Bekenntnis zur grundgesetzlichen Ordnung einfordern."

auch mitteilen, dass unsere Industrienationen vor einer umfassenden Transformation stehen, weil die Gefahren für unsere Lebensgrundlagen eine Fortsetzung des bisherigen materialistischen Glückskonzepts nicht mehr erlauben.

Manchmal steht die mitgebrachte Tradition aber auch im Widerspruch zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Was dann?

Wir sollten von ankommenden Menschen ein Bekenntnis zur grundgesetzlichen Ordnung einfordern - nicht nur im Staatsbürgerschaftsrecht, sondern vor allem auch in Arbeitsverträgen und im Rahmen von Sprach- und Integrationskursen. Forderungen nach Einführung zusätzlicher oder alternativer Rechtssysteme wie der Scharia oder gar Rufe nach einem Umsturz der freiheitlichen Ordnung nach dem Modell eines "Gottesstaates" oder "Kalifats" darf man auf keinen Fall tolerieren. Hier muss rechtsstaatlich einwandfrei, aber auch schnell und entschieden Kontra gegeben werden.

Herr Suttner, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.



"Abschreckung statt Menschlichkeit"

Moria war das größte Flüchtlingslager, das bisher in Europa existierte. Für knapp 3.000 Menschen gebaut, waren dort jahrelang bis zu 20.000 Menschen untergebracht. Es herrschten katastrophale Verhältnisse. 2020 zerstörte ein Großbrand das Lager, doch in einem neuen Lager geht das Leiden weiter.



ÖkologiePolitik: Frau Glatz Brubakk, wie kam es zu den schrecklichen Zuständen in Moria?

Katrin Glatz Brubakk: Griechenland und die EU schienen total unvorbereitet auf die hohe Anzahl von Flüchtlingen, die ab 2015

"Alle Menschen, die unter solchen Bedingungen länger leben müssen, werden psychisch und physisch geschädigt."

nach Lesbos und Moria kamen. Am Anfang waren es freiwillige Helfer wie ich, die an den Stränden Menschenleben retteten, Kleider verteilten und Erste Hilfe boten. Da hatte ich noch gedacht, die EU würde bald bessere Lösungen finden. Aber es kam keine. Stattdessen wurde es schlimmer. Ab März 2016 durfte niemand ohne fertig behandelten Asyl-Antrag die Insel verlassen. Manche warteten bis zu 4 Jahre und das Lager wurde immer über-

Katrin Glatz Brubakk

Jahrgang 1970, ist eine deutschnorwegische Kinderpsychologin und Traumatherapeutin. Die Flüchtlingslager auf Lesbos hat sie zwölfmal besucht, im Lager Moria war sie mehrmals als Helferin tätig



Über ihre dort gemachten Erfahrungen und Erlebnisse schrieb sie zusammen mit der norwegischen Journalistin Guro Kulset Merakerås das Buch "Inside Moria". kgb1@hotmail.no

füllter. Die Menschen mussten auf Papp-Platten in kleinen Zelten schlafen. Und überall war Müll.

Wie passt das zur angeblich wertegeleiteten EU-Politik?

Die Überzeugung, dass die Würde des Menschen unantastbar ist, und all die anderen edlen Worte – die waren in Moria nie etwas wert. Menschenrechte werden systematisch ignoriert – z. B. das Recht auf Sicherheit, auf ein gutes Familienleben, auf eine Schule für die Kinder und auf eine gute Gesundheitspflege. Das Ziel der EU scheint Abschreckung und Abschiebung zu sein, nicht Menschlichkeit und Sicherung grundlegender Rechte. Wie schlimm es ist, sieht man erst klar beim Blick auf das Gesamtbild: Es geht nicht nur um die Verhältnisse im Lager, sondern auch um Pushbacks auf dem Meer, um Kriminali-

"Kinder haben in ihrem Heimatland und auf der Flucht Traumata erlebt, bräuchten Stabilität, Ruhe und Geborgenheit."

sierung von Solidarität, um schwierige bis unmögliche Arbeitsverhältnisse für Helfer und Presse. Deshalb haben wir das Buch "Inside Moria" geschrieben. Es schildert die humanitären Konsequenzen der heutigen Asylpolitik.

Was machen Zustände wie in Moria mit den dort untergebrachten Menschen?

Alle Menschen, die unter solchen Bedingungen länger leben müssen, werden psychisch und physisch geschädigt. Viele werden depressiv oder bekommen Angstanfälle. Sie verlieren die Hoffnung auf ein gutes Leben. Die Kombination von großer Unsicherheit, Apathie und Hoffnungslosigkeit können Menschen zum Suizid bringen. Das haben wir oft gesehen.

Was machen solche Zustände mit den dort aufwachsenden Kindern?

Alle Kinder, die in Moria lebten und leben, haben bereits in ihrem Heimatland und auf der Flucht Traumata erlebt. Sie bräuchten Stabilität, Ruhe und Geborgenheit, um zu genesen. Das bietet Moria überhaupt nicht an. Stattdessen ist der Tag ganz ohne Inhalt. Sie fürchten sich und können nie richtig entspannen. Das schadet der Entwicklung des Gehirns, sodass sie auch im späteren Leben

ÖP Nr. 196 | September 2024



Schwierigkeiten haben können, sich zu konzentrieren, Impulsen zu widerstehen, Gefühle gut zu bewältigen und in der Schule zu lernen. Was sie in Moria erleben, prägt sie noch

Was passierte mit den Menschen nach dem Brand?

jahrelang.

Eine Woche lang lebten die 13.000 Menschen auf der Straße, bei 40°C Hitze. Die Essensverteilung brach zusammen, selbst neugeborene Babys und Kranke mussten auf dem bloßen Asphalt schlafen. Und die Polizei schoss mit Tränengas, wenn jemand versuchte, in die Stadt zu kommen. Schließlich wurde ein provisorisches Lager errichtet - offiziell "Mavrovouni", aber auch "Kara Tepe" oder "Moria 2" genannt. Monatelang gab es kein fließendes Wasser, die Dixi-Klos kippten im Wind um und jede Familie hatte nur ein 4 m² großes Zelt zur Verfügung. Erst 3 Jahre später war das Lager für die kalten, windigen Winter auf Lesbos angepasst. Totale Passivi-

tät wurde immer mehr zur Grundstimmung. Jahrelang nur zu warten und nicht tätig sein zu dürfen, ist keine gute Vorbereitung darauf, wieder Teil einer Gesellschaft zu werden.

"Der Tag ist ohne Inhalt. Sie fürchten sich und können nie richtig entspannen. Das schadet der Entwicklung des Gehirns."

Menschen werden - wie es in unserem Buch ein psychologischer Fachartikel beschreibt institutionalisiert. Sie verlieren ihre Identität und die Möglichkeit, eigene Ressourcen zu verwenden.

Warum ist heute kaum noch etwas von Moria zu hören?

Weil keine Journalisten mehr reinkommen dürfen und auch für Helfer der Zugang sehr begrenzt ist. Die Menschenrechtsverletzungen gehen aber weiter.

Sind die Zustände in den anderen europäischen Flüchtlingslagern besser?

Auf den griechischen Inseln von Samos und Kos gibt es keine Flüchtlingslager mehr, sondern sogenannte "Closed Controlled

"Jahrelang nur zu warten und nicht tätig sein zu dürfen, ist keine gute Vorbereitung, Teil einer Gesellschaft zu werden."

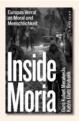
Access Centers". Die ähneln Gefängnissen. Menschen auf der Flucht werden eingesperrt, selbst Kinder und Kranke. Auch auf Lesbos ist so ein Lager gebaut worden, allerdings noch nicht in Betrieb. Wenn die EU Flüchtlinge hinter Gitter sperrt, sogar in Drittländern, wo die Presse und die unabhängigen Helfer keinen Zugang haben, mache ich mir erfah-



Katrin Glatz Brubakk Guro Kulset Merakerås

Inside Moria

Europas Verrat an Moral und Menschlichkeit Westend, März 2024 367 Seiten, 26,00 Euro 978-3-86489-436-7



rungsbasierte Sorgen. Moria dient als grausames Beispiel, wie es werden kann. Deshalb dürfen wir nicht wegschauen und nicht vergessen!

Frau Brubakk, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Dem Thema "Fluchtursachen" widmete sich bereits die ÖP 170. Die steht im PDF-Archiv und kann dort kostenfrei heruntergeladen werden:

www.oekologiepolitik.de/pdf-archiv



16 17 ÖP Nr. 196 | September 2024 ÖP Nr. 196 | September 2024

FREMDENFEINDLICHKEIT

Zynische Scheinlösung

Weil sie fremd und "anders" sind, eignen sich Flüchtlinge hervorragend als "Sündenböcke". Sich mit der hinter diesem Begriff steckenden Logik zu beschäftigen, öffnet die Augen für eine grundlegende Problematik. Und dies wiederum kann helfen, auch andere Phänomene besser zu verstehen.

von Günther Hartmann

nsere Gesellschaft driftet auseinander. Zum einen wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer – einhergehend mit einem Abbau der Sozialsysteme und der Demokratie. Zum anderen erfreut sich identitäres Denken zunehmender Beliebtheit - mit stereotypen Denkmustern und klaren Feindbildern: für die Rechtsidentitären der "Migrant" und der "Islam", für die Linksidentitären der "alte weiße Mann" und der "Nazi". Je mehr unsere existenziellen Grundlagen bedroht sind, desto mehr scheinen sich viele Menschen daran zu klammern. Was geht da in den Köpfen vor? Warum wird unsere Gesellschaft immer hysterischer, irrationaler, aggressiver und gehässiger?

Das Dilemma

Das sei ganz normal, würde der französische Kulturphilosoph René Girard sagen. Denn bei seinen Forschungen fiel ihm auf, dass fast alle Gesellschaften von der Antike bis zur Gegenwart ähnlich verlaufende Entwicklungen aufweisen. Und fand dafür eine zeitlose Erklärung: das "mimetische Begehren". Da unsere angeborenen Instinkte im Lauf der Geschichte ihren ursprünglichen Sinn verloren haben, müssen wir unser Verhalten durch Nachah-

men erlernen. Dabei ahmen wir auch das Begehren nach. Doch das führt dazu, dass alle das Gleiche begehren. Neid, Missgunst und Rivalität entstehen, wachsen – und werden wiederum nachgeahmt. Das geschieht weitergehend unbewusst. Und ist ein Teufelskreis. Die Konflikte schaukeln sich immer weiter hoch – bis ein kleiner Funke genügt, um die Situation eskalieren zu lassen.

Konflikte schaukeln sich immer weiter hoch – bis ein kleiner Funke genügt, um die Situation eskalieren zu lassen.

Günther Hartmann

Jahrgang 1965, studierte Architektur und arbeitete nach dem Diplom zunächst in verschiedenen Architektur- und Stadtplanungsbüros. Seit 2008 ist er hauptberuflich als Journalist tätig. In die ÖDP trat er

1998 ein und ist seit 2006 Verantwortlicher Redakteur der ÖkologiePolitik.

quenther.hartmann@oedp.de



Die Scheinlösung

Dies zu verhindern, war seit jeher ein Ziel der Religionen. Und es setzte sich früh ein simples, aber wirksames Konzept durch. Eins, das aus dem "Jeder gegen jeden" ein "Alle gegen

Um dies zu verhindern, setzte sich früh ein simples, aber wirksames Konzept durch: der "Sündenbock-Mechanismus"

einen" macht, das die internen Spannungen zunächst polarisiert und dann kanalisiert: der "Sündenbock-Mechanismus". Wobei der "Sündenbock" in den mythischen Kulturen ein Mensch war – meist ein Außenseiter oder Fremder – und erst im Judentum durch ein Tier ersetzt wurde. Indem der "Sündenbock" für die vergiftete Atmosphäre verantwortlich gemacht, dämonisiert und gelyncht wird, verwandelt sich die allgemeine Angespanntheit in eine Entspanntheit und Einmütigkeit. Der innere Friede ist wieder hergestellt. Allerdings nur für kurze Zeit. Denn das Konzept beruht auf einer Lüge, auf einem kollektiven Selbstbetrug.

Die Zeitenwende

Einen kulturgeschichtlichen Wendepunkt sieht Girard in den christlichen Evangelien: Sie schildern detailliert, wie Jesus selbst zum "Sündenbock" gemacht und grausam hingerichtet wird. Sie schildern das aber nicht wie unzählige Mythen aus der Perspektive



der Täter, sondern zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit aus der Perspektive des Opfers. Girard stellt fest: "Wer die Evangelien liest, lernt etwas über die Mythen. Wer

Indem der "Sündenbock" für die vergiftete Atmosphäre verantwortlich gemacht, dämonisiert und gelyncht wird, wird der innere Friede wieder hergestellt.

die Mythen liest, lernt nichts über die Evangelien." Dennoch überlebte der "Sündenbock-Mechanismus" – bis heute. Auf die Frage, wie wir aus den fatalen Kreisläufen ausbrechen können, antwortete Girard einmal recht nüchtern: "Ich glaube, dass wir frei sind. Es ist eine Frage des Verstehens und des Willens."

Deutschland 2024

Noch im Oktober 2023 ließ sich Bundeskanzler Olaf Scholz auf der Titelseite des "Spiegel" mit dem Zitat "Wir müssen endlich im großen Stil abschieben" abbilden. Als sich im Januar 2024 in einem Potsdamer Hotel 20 bis 30 geladene Personen vom österreichischen Rechtsidentitären Martin Sellner sein neues Buch "Remigration" – das übrigens im Buchhandel frei erhältlich ist – vorstellen ließen, bauschten dies die Bundesregierung und der Recherchedienst "Correctiv" zum gefährlichen "Geheimtreffen" auf und behaupteten anfangs, es wäre dort ein Masterplan für Deportationen entwickelt worden. Die Empö-

Der "Sündenbock-Mechanismus" macht aus dem "Jeder gegen jeden" ein "Alle gegen einen".

rung war groß. Zahlreiche Demonstrationen "gegen Rechts" folgten.

"Nazi-Bashing" als sozialer Kit? Scheint auch zu funktionieren. Ist aber eine fragwürdige Strategie. Denn erstens wird auch hier nicht über den Sündenbock-Mechanismus aufgeklärt, sondern er wird benutzt, um die Stimmung im Land zu lenken. Und zweitens ist offensichtlich, dass keine wirkliche Überzeugung dahintersteckt, keinem universellen

Günther Hartmann

Sündenböcke: Einer der mächtigsten Impulse

ÖkologiePolitik, 06.04.2022 www.t1p.de/von7c

Interview mit René Girard

Wir reden so viel über Sex, weil wir es nicht wagen, über Neid zu sprechen Neue Züricher Zeitung, 04.08.2019

www.t1p.de/utnw5

www.tip.de/uthw5

Interview mit René Girard

Warum kämpfen wir?

Und wie können wir aufhören? Neue Züricher Zeitung, 10.03.2019

www.t1p.de/2rg3

Leitbild gefolgt wird. Denn als z.B. im Februar der russische Rechtsextremist Alexej Nawalny, der u.a. nicht-russische Minderheiten als "Kakerlaken" bezeichnete und ihre De-

Der innere Friede ist allerdings nur für kurze Zeit wieder hergestellt. Denn das Konzept beruht auf einer Lüge, auf einem kollektiven Selbstbetrug.

portation forderte, in einem russischen Gefangenenlager unter mysteriösen Umständen starb, rühmte ihn Wirtschaftsminister Robert Habeck als "wirklichen Helden" und Außenministerin Annalena Baerbock als "Oppositionellen, der für Freiheit einstand".

Der Feind meines Feindes ist mein Freund – und unser Feind ist Wladimir Putin. Angeblich würde er bald gerne die NATO angreifen. Obwohl er ihr dafür 3-fach überlegen sein müsste, der Militäretat der NATO jedoch aktuell 12-mal so hoch ist. "Putins Hauptziel ist Zerstörung – zuerst die Ukraine und dann Sie. Putin ist es egal, wen er tötet", warnt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj.

Was können wir tun?

Wie kommen wir aus der Eskalationsspirale heraus? "Es ist eine Frage des Verstehens und des Willens", sagte Girard. Mehr Ehrlichkeit wäre notwendig. Mehr Wahrheitsliebe. Doch auch das Wahrheitsverständnis nimmt immer groteskere Züge an. Als z. B. im März ein abgehörtes Telefonat veröffentlicht wurde, in dem zu hören ist, wie hochrangige Bundeswehroffiziere über die Möglichkeit beraten, Taurus-Raketen an die Ukraine zu liefern und dies zu vertuschen, bestätigte Verteidigungsminister Boris Pistorius die Echtheit des Telefonats – und bezeichnete es gleichzeitig als "russische Desinformation".



René Girard

Im Angesicht der Apokalypse

Clausewitz zu Ende denken Matthes & Seitz, 2014 / Mai 2024 388 Seiten, 18.00 Euro 978-3-7518-4508-3

René Girard

Das Ende der Gewalt

Analyse des Menschheitsverhängnisses Herder, Juni 2021 520 Seiten, 35.00 Euro 978-3-451-39085-2

René Girard

Ich sah den Satan vom Himmel fallen wie einen Blitz

Eine kritische Apologie des Christentums Carl Hanser, August 2002 256 Seiten, 21.50 Euro 978-3-446-20230-6





Widerspruchsfreiheit ist aber nach Immanuel Kant "ein allgemeines Kriterium aller Wahrheit". Dies nicht anzuerkennen, bedeutet: Willkür. Und die nimmt immer mehr zu, untergräbt unsere Vernunft und unsere Demokratie. Sie ist ein typisches Kennzeichen

Aus der Eskalationsspirale rauszukommen, ist eine Frage des Verstehens und des Willens.

autoritären Denkens. Deren Vertreter lieben das Propagieren von Feindbildern – äußere oder innere, echte, eingebildete oder bewusst geschaffene. Denn die sind zur Erringung und Sicherung von Macht sehr hilfreich. Sie nutzen die Anfälligkeit vieler Menschen für allzu simple Erklärungen und Lösungen hemmungslos aus. Deshalb ist immer, wenn Personen oder Gruppen dämonisiert werden, gesundes Misstrauen angebracht.

BUNDESVORSTAND

Einwanderung – ein heißes Eisen erfordert Fingerspitzengefühl!

Kein anderes Thema beschäftigte die Wählerinnen und Wähler vor der EU-Parlamentswahl so sehr: Die Einwanderung, vor allem aber die hohe Zahl an Geflüchteten, war mit Abstand das Thema Nummer 1 – noch vor der Friedenspolitik und deutlich vor der aus Sicht der ÖDP überlebenswichtigen Artenschutz-, Klima- und Umweltpolitik. Wenig überraschend bestätigte sich der in allen Wahlumfragen absehbare Trend zu rechtspopulistischen Parteien, die gezielt die Angst vor "Flüchtlingswellen" schürten und mit einfachen Stammtischparolen warben. Höchste Zeit also, ein paar Wahrheiten ins Auge zu sehen.

Europa braucht Einwanderer, die arbeiten

Eine der gemeinsten Stammtischparolen, angestimmt unter anderem von CDU-Chef Merz, ist die angeblich drohende "Einwanderung ins deutsche Sozialsystem". Richtig ist das Gegenteil: Bei einer EU-weiten Geburtenrate von rechnerisch etwas mehr als 1,5 Kindern pro Frau (Quellenangaben auf Nachfrage) würden Deutschland und die EU insgesamt veralten. Immer weniger junge Menschen müssten immer mehr Ältere versorgen, deren Lebenserwartung zudem steigt.

Ob und inwieweit etwa das deutsche Rentensystem oder die Kranken- und die übrigen Sozialkassen sogar von der Einwanderung profitieren, hängt entscheidend davon ab, ob es auf Dauer gelingt, die Einwanderer zum größten Teil in den Arbeitsmarkt einzu-

Charlotte Schmid

Jahrgang 1977, ist selbstständige Übersetzerin und Mutter zweier Kinder. Seit 2020 ist sie Mitglied im ÖDP-Bundesvorstand – zunächst als Beisitzerin und dann als 2. stv. Bundesvorsitzende.



Anfang Oktober 2022 wurde sie zur ÖDP-Bundesvorsitzenden gewählt. Ehrenamtlich engagiert sie sich zudem im Landkreis Ebersberg (Bayern) als 2. Vorsitzende der Ortsgruppe Poing des Bund Naturschutz.

bundesvorsitzende@oedp.de

binden. Wenn 70% von ihnen binnen zehn Jahren einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachgehen, so eine Faustregel, profitiert Deutschland sogar von der Zuwanderung. Aktuell ist der Anteil der nicht-deutschen Arbeitslosen an der Gesamtzahl der zivilen Erwerbspersonen erschreckend hoch: 15,9% in 2024. Um das zu ändern, müsste das genaue Gegenteil von dem gemacht werden, was seit Langem passiert: Statt Zuwanderer jahrelang durch Arbeitsverbote und/oder lange Kurse von der Arbeit abzuhalten, müssten Zugangshürden abgebaut statt aufgebaut werden.

Flüchtlingswellen sind die Folge verantwortungsloser Politik

Ausschlaggebend für den sehr hohen Zustrom aus einigen Ländern ist oft eine Kombination aus Klimawandel-Folgen/Umweltzerstörung und (Bürger-)Kriegen. Dafür ist Deutschland als eines der Länder mit dem nach wie vor höchsten Ausstoß an Treibhausgasen und führendes Rüstungsexportland in hohem Maße mitverantwortlich. Alle Prognosen gehen davon aus, dass der Flüchtlingsstrom noch gewaltig zunehmen wird - vor allem aufgrund der Folgen des Klimawandels. Geht dieser weiter, wie es die bisherigen Maßnahmen erwarten lassen, rechnet der Groundswell Report im Jahr 2050 mit 216 Millionen Klima-Flüchtlingen - 32,6 Millionen waren es bereits 2023. Wer also wirklich etwas dagegen tun will, muss diese Ursachen entschieden bekämpfen. Ohne die - völkerrechtlich nicht zwingende -Bevorzugung von Menschen, die aus der Ukraine kommen, wäre Deutschland auch kein Land mit besonders vielen Einwanderern. Nach wie vor hat die Türkei, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, auch rund dreimal so viele Geflüchtete aufgenommen wie die EU.



Von den Kriegsflüchtlingen kamen 2023 mehr als die Hälfte aus nur drei Ländern – die z. T. zusätzlich besonders unter dem Klimawandel leiden.

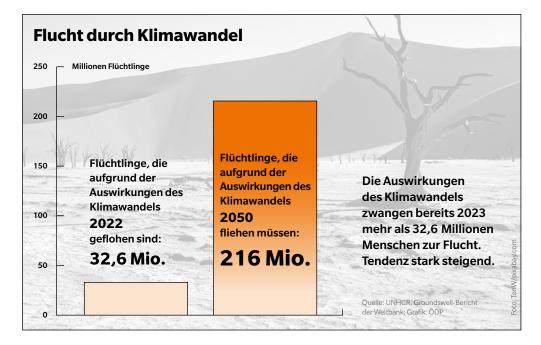
Quelle: UNHCR, www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/themen/fluchtursachen/krieg-und-gewalt: Grafik: ÖDP

Einwanderer sind keine schlechteren Menschen

Ein Blick in die Statistiken von Tatverdächtigen scheint zu belegen: Die Bereitschaft, kriminelle Handlungen zu begehen, ist unter Einwanderern deutlich höher als im Schnitt der Einheimischen. Doch diese Statistiken vermitteln aus mehreren Gründen ein Zerrbild. Zum einen ist die Bereitschaft, jemanden anzuzeigen, der fremd aussieht und spricht, sehr viel höher. Zum anderen müsste eine faire Bewertung auch Geschlecht, Alter und Lebenssituation berücksichtigen – und dann zeigt sich: Unter den Einwanderern sind durchschnittlich genauso viele Engel oder Teufel wie unter den Einheimischen. Junge Männer neigen nun einmal sehr viel stärker zu Straftaten als gleichaltrige Frauen - und ein großer Teil der Flüchtlinge sind junge Männer. Bei den ukrainischen Einwanderern überwiegen Frauen mit kleinen Kindern, was sich wiederum in der Erwerbstätigen-Statistik deutlich niederschlägt.

Angesichts dieser drei Erkenntnisse macht der ganzheitliche politische Ansatz der ÖDP durchaus Sinn. Kosmetische Lösungsansätze, die häufig von anderen Parteien vorgeschlagen werden, wirken im besten Fall nur kurzfristig und oberflächlich. Wie beim Thema Hochwasser muss das Problem an der Wurzel angegangen werden, um lang anhaltende Verbesserungen zu erzielen.

Chancen können sich nach Ansicht der ÖDP auftun, wenn Fluchtursachen reduziert und nach Möglichkeit beseitigt werden. Im Detail betrifft dies die Umwandlung aller Handelsverträge mit den Herkunftsländern in Fairhandelsverträge, einen sparsamen und effizienten Umgang mit Rohstoffen, Unterstützung bei Versöhnungsprozessen in Krisengebieten und eine restriktive Rüstungspolitik. Wir fordern einen menschenwürdigen Umgang mit Menschen, die zu uns kommen, um ein besseres Leben zu suchen. Geflüchtete Menschen müssen fairer innerhalb der EU



verteilt werden, damit es überhaupt möglich ist, sie menschengerecht zu behandeln, ohne die Infrastruktur vor Ort zu überbelasten. Die Drittstaatenregelung des Dublin-Abkommens führt derzeit zu einer ungerechten Verteilung der Flüchtlinge. Um Überlastungen und gefährliche Reisen zu reduzieren, sollen Asylanträge auch außerhalb der EU-Grenzen gestellt werden können und eine sichere Einreise ermöglichen. Legale Fluchtwege tragen zudem dazu bei, das Schlepperwesen zu bekämpfen. Eine organisierte Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen, die durch das UNHCR anerkannt wurden, muss ausgeweitet werden.

Neben oft genug thematisierten Maßnahmen, wie einer auskömmlichen Unterstützung der Kommunen, braucht es also eine vielschichtige Vorgehensweise, um das hochproblematische Thema Einwanderung menschenwürdig zu lösen. Das Beste aber ist, dass jeder von uns einen wichtigen Beitrag leisten kann, denn unser Konsum hat Einfluss auf die

Lebensbedingungen in den Herkunftsländern vieler Flüchtlinge: Wenn wir fair gehandelte Waren kaufen, unterstützen wir, dass die Menschen in ihrer Heimat ein auskömmliches Leben führen können und ihre Lebensgrundlagen nicht zerstört werden.

Zusammenfassend lässt sich also sagen: Populistische Stammtischparolen schüren Ängste, verkennen dabei Tatsachen und lenken von der eigenen Mitverantwortung ab. Das unterscheidet die ÖDP: Wir verkennen keineswegs, dass die Einwanderung und vor allem die sich ankündigenden Flüchtlingswellen ein riesiges Problem sind – für die es keine Law&Order-Lösung nach dem Motto "Mauerbau" gibt. Wessen Zukunft auf dem Spiel steht, der überwindet schließlich jede Hürde. Wenn wir jedoch in den Problemen neue Chancen sehen und auch unsere eigene Verantwortung wahrnehmen, können wir uns über menschengerechte Win-win-Lösungen freuen.

Ihre Charlotte Schmid

BUNDESVERBAND

Gesamtergebnis

Europawahl 2024

Die ÖDP hat bei der Europawahl ihren Sitz im Europäischen Parlament verteidigen können. Allerdings gab es einen Stimmenrückgang von 1,0 % auf 0,6 %. Absolut erhielt die ÖDP bundesweit knapp 260.000 Stimmen. Gewählt wurde die bisherige EU-Abgeordnete Manuela Ripa aus Saarbrücken. Der ÖDP-Bundesverband gratuliert Manuela Ripa zu ihrer Wiederwahl und freut sich, dass sie die ÖDP wieder vertreten wird. Die ÖDP wird daher im EU-Parlament weiterhin die Stimme für

2024

Naturschutz, Klimaschutz und Bürgerbeteiligung sein können.

Eine abschließende Wahlanalyse wird bei Redaktionsschluss gerade erstellt, allerdings gibt es – im Gegensatz zu den großen Parteien – wenig statistisches Material, welches sachgerechte Rückschlüsse auf die Ursachen des Stimmenrückgangs hergibt. Insgesamt lässt sich sagen, dass wir in absoluten Stimmen 34 % unserer Wählerstimmen im Vergleich zu 2019 verloren haben, dennoch stehen wir ein

2019

2014

2014

Ergebnisse der ÖDP bei der Europawahl 2024 m Vergleich zu 2019 und 2014

2019

	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Deutschland	257.968	0,65	369.869	0,99	185.264	0,63
Bundesländer	2024 abs.	2024 in %	2019 abs.	2019 in %	2014 abs.	2014 in %
Baden-Württemberg	38.287	0,74	51.372	1,05	27.468	0,70
Bayern	121.733	1,93	181.250	3,13	104.063	2,69
Berlin	5.823	0,38	8.893	0,59	3.674	0,32
Brandenburg	4.514	0,33	5.017	0,42	1.832	0,20
Bremen	858	0,33	692	0,24	406	0,21
Hamburg	3.483	0,40	5.504	0,69	1.910	0,35
Hessen	11.040	0,40	16.974	0,66	6.185	0,34
Mecklenburg-Vorp.	1.905	0,22	2.439	0,32	1.048	0,17
Niedersachsen	11.890	0,30	15.968	0,43	5.242	0,18
Nordrhein-Westfalen	28.183	0,34	38.539	0,48	15.303	0,22
Rheinland-Pfalz	10.575	0,52	11.848	0,60	6.852	0,40
Saarland	3.114	0,62	2.649	0,53	752	0,18
Sachsen	6.840	0,31	14.567	0,71	3.391	0,21
Sachsen-Anhalt	1.866	0,17	3.169	0,32	1.784	0,22
Schleswig-Holstein	4.871	0,33	5.844	0,43	2.059	0,21
Thüringen	2.986	0,29	5.144	0,49	3.275	0,36

wenig besser da im Vergleich zur Wahl 2014 – als wir zum ersten Mal ins Europäische Parlament eingezogen sind (siehe Tabelle). Überdurchschnittlich hoch waren die Verluste in den klassischen ÖDP-Hochburgen (z.B. in Bayern und Baden-Württemberg). Auch dieser Befund muss kritisch untersucht werden.

Ergebnisse der Kommunalwahlen

Gleichzeitig zur Europawahl fanden in mehreren Bundesländern Kommunalwahlen statt. Welche Ergebnisse die ÖDP mit eigenen Listen erzielt hat, entnehmen Sie bitte den Beiträgen der Landesverbände Baden-Württemberg und Brandenburg in diesem Heft sowie einer zusammenfassenden Auswertung unter www.t1p.de/357uf, die auch die Kommunalwahlergebnisse in Rheinland-Pfalz und Thüringen umfasst.

Die ÖDP ist aber vor allem beunruhigt, dass ihre wichtigen Themen für einen großen Teil der Wählerinnen und Wähler leider nicht entscheidend für die Stimmabgabe waren – hier überwogen Themen wie Migration und Außenpolitik in der Wahlentscheidung. Während diese Themen wichtig sind, darf der Schutz unserer Mitwelt aber nicht vernachlässigt werden.

Angesichts der umweltpolitischen Defizite der aktuellen Regierungen möchten wir als ÖDP weiter für unsere Natur kämpfen – etwa mit einem neuen großen Projekt wie dem erfolgreichen Volksbegehren "Rettet die Bienen!" in Bayern. Damit möchten wir kontinuierlich Mitglieder und Aktive mobilisieren sowie neue Mitglieder gewinnen. Die Beteiligung der Menschen an politischen Entscheidungen ist der wichtigste Schlüssel gegen den gefährlichen Populismus von AfD und BSW.

Dr. Claudius Moseler

Gründungsversammlung der "Maria Opitz-Döllinger Stiftung"

Wie die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) leisten auch Stiftungen einen wichtigen Beitrag für eine gemeinwohlorientierte Gesellschaft. Sie geben Impulse für die Zivilgesellschaft und stärken die Demokratie. So haben sich in den letzten Monaten 89 Stifterinnen und Stifter zusammengefunden, um mit insgesamt 131.351 Euro eine ÖDP-nahe Stiftung zur Förderung der politischen Bildung zu gründen.

Um den Stiftungsvorstand und den Stiftungsrat offiziell zu wählen, trafen sich 34 Stifterinnen und Stifter am Montag, 24. Juni 2024 von 13 bis 16 Uhr im Haus des Stiftens in München und online zur Gründungsver-

sammlung der ÖDP-nahen Maria Opitz-Döllinger Stiftung.

Die ÖDP-Bundesvorsitzende Charlotte Schmid eröffnete die Gründungsversammlung mit einem inspirierenden Grußwort, in dem sie auf diesen historischen Moment in der Geschichte der Ökologisch-Demokratischen Partei und die enorme Bedeutung der Stiftungsgründung hinwies und sich bei allen Stifterinnen und Stiftern herzlich bedankte, die mit ihren finanziellen Einlagen die Stiftungsgründung erst möglich gemacht hatten. Anschließend berichtete Frau Prof. Dr. Claudia Opitz-Belakhal, eine von vier Töchtern der Namensgeberin Maria Opitz-Döllinger,



Der stellvertretende ÖDP-Bundesvorsitzende Helmut Scheel (stehend) leitete die Versammlung zur Gründung einer ÖDP-nahen Stiftuna.

über die Lebensgeschichte und Verdienste ihrer Mutter. Die insgesamt elf Nachfahren seien mit der Namensgebung vollkommen einverstanden und seien sich sicher, dass Maria Opitz-Döllinger mit der Benennung der Stiftung absolut einverstanden gewesen wäre. Es erfülle sie als Familie mit großem Stolz, dass die ÖDP-nahe Stiftung nach Maria Opitz-Döllinger benannt werde. Die Namensgeberin der zu gründenden Stiftung äußerte sich 1983, also ein Jahr nach dem ersten ÖDP-Parteitag und ein Jahr vor dem ersten Antritt der ÖDP zu einer Europawahl, mit den Worten: "Jetzt beginnt die Zeit der ökologischen Demokraten. Es wird nicht leicht sein und es werden einige Jahre, vielleicht Jahrzehnte vergehen, aber es wird so weit kommen wie früher mit dem sozialen und demokratischen Begriff, dass keine Partei mehr ohne das Thema Ökologie auskommen wird" (ÖkologiePolitik 138, Mai 2008). Diese Worte gelten auch nach Jahrzehnten mehr denn je für heute und werden die ÖDP-nahe Maria Opitz-Döllinger Stiftung von Anfang an prägen und begleiten.

Nach der Feststellung der stimmberechtigten Personen und der Beschlussfähigkeit wurden dann – jeweils einstimmig – der stellvertretende ÖDP-Bundesvorsitzende Helmut Scheel zum Versammlungsleiter und die ÖDP-Bundesvorsitzende Charlotte Schmid zur Schriftführerin gewählt. Anschließend



Prof. Dr. Claudia Opitz-Belakhal (stehend), Tochter von Maria Opitz-Döllinger, stellte in einem Kurzvortrag die Lebensgeschichte ihrer Mutter vor. ÖDP-Bundesvorsitzende Charlotte Schmid führte Protokoll.

erfolgten die Beschlussfassungen über die Tagesordnung sowie über die Stiftungssatzung und das Stiftungsgeschäft (Willenserklärung



In den Vorstand der Maria Opitz-Döllinger Stiftung wurden gewählt (v. l.): Martin F. Dreß (stv. Vorsitzender), Thomas Schiffelmann (Vorsitzender), Doris Hüben-Holomos (Schatzmeisterin) und Wolfgang Königbauer (Vorstandsmitglied).

der Stifterinnen und Stifter). Bereits im Vorfeld wurde das einzige Bewerberteam für den Stiftungsvorstand durch eine Findungskommission befragt und uneingeschränkt empfohlen. In den Stiftungsvorstand wurden einstimmig gewählt: Thomas Schiffelmann (Vorsitzender), Martin F. Dreß (stellvertretender Vorsitzender), Doris Hüben-Holomos (Schatzmeisterin) und Wolfgang Königbauer (Vorstandsmitglied). Anschließend wurden in separaten Wahlgängen Gerald Morgner als Stiftungsratsvorsitzender und Bernd Wimmer als dessen Stellvertreter mehrheitlich gewählt. Hinzu kommen weitere 28 Personen, die per Blockwahl ebenfalls in den ersten Stiftungsrat der Maria Opitz-Döllinger Stiftung gewählt wurden: Gesine Adler, Dr. Christa Baldioli, Martin Berberich, Lukas Czarny, Wolfgang Foh, Herbert Alexander Gebhardt, Jan Gehrke, Monika Graf, Heiko Helmbrecht, Markus Hutter, Kirsten Elisabeth Jäkel, Axel Jänichen, Prof. Dr. Claus Jakob, Wolfgang Jungwirth, Guido Klamt, Dr. Manfred Link, Maria Link, Gerald Morgner, Prof. Dr. Georg Ohmayer, Markus Raschke, Dr. Michael Stöhr, Andreas Strecker, Klaus von Birgelen, Dr. Christian Waas, Josef Wagner, Dieter Zielke und Eike Zimpelmann.

Alle Gewählten nahmen die Wahl an und bedankten sich für das entgegengebrachte Vertrauen. Nun werden in den nächsten Monaten alle weiteren Formalia erfüllt, damit das Stiftungsgeschäft und die Stiftungssatzung von der Stiftungsaufsicht der Regierung von Oberbayern und dem zuständigen Finanzamt München anerkannt werden. Anschließend sollte die Stiftung ihren Rechtsstatus erhalten und ihre Stiftungsarbeit aufnehmen können. Die bereits angekündigte Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zur Teilhabe an der staatlichen Stiftungsfinanzierung wurde zudem am 14.06.2024 fristgerecht eingereicht. Mit einer Entscheidung ist jedoch erst in den nächsten Jahren zu rechnen. Weitere Zustiftungen (ab 1.000 Euro) sind selbstverständlich jederzeit möglich, um die immer wichtiger werdende politische Bildung zu stärken.

Bei Rückfragen wenden Sie sich gerne an: stiftung@oedp.de

Thomas Schiffelmann

Abschied von Anja Kistler

Wir verabschieden uns von unserer Marketing-Referentin Anja Kistler, die seit Februar 2021 für den Bundesverband tätig gewesen ist und nun auf eigenen Wunsch hin die Ar-



beitsstelle gewechselt hat. Anja war maßgeblich an unserem Strategie- und Markenkern-Prozess beteiligt. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit für den Bundesverband lag aber in der Gestaltung unserer Social-Media-Arbeit auf Facebook, Instagram, Twitter/X, LinkedIn und YouTube. Wir werden ihre ruhige Art, ihre Kompetenz und ihre Kreativität sehr vermissen und wünschen ihr viel Erfolg bei ihrer neuen beruflichen Herausforderung.

Charlotte Schmid

LANDESVERBÄNDE

Baden-Württemberg

Run for Europe Breisach

Am 12. Mai fand in Breisach der Run for Europe 2024 statt, der nicht nur ein Lauf, sondern gleichzeitig ein Europafest ist. Auch Mitglieder der ÖDP nahmen am Run for Europe teil. Die Teilnahme an dem Lauf und an dem anschließenden Europafest war ein wichtiges Bekenntnis zur Europäischen Union, die trotz aller Reformbedürftigkeit ein politisches Erfolgsprojekt ist. Der Lauf zusammen mit den Mitgliedern anderer Parteien und Verbände und das anschließende gesellige Beisammensein waren ein schönes Erlebnis und haben

Spaß gemacht. Die ÖDP konnte sich mit einem Pavillon professionell präsentieren und Austausch pflegen. Zahlreiche Teilnehmer des Europafestes kamen an den Stand, um sich zu informieren und kurze Gespräche zu führen. Wertvoll und lehrreich war auch der Austausch mit den anderen Parteien und Verbänden. Auch die verschiedenen Reden waren interessant.

Enttäuschendes Europawahl-Ergebnis

Die Europawahl ist auch in Baden-Württemberg enttäuschend verlaufen, obwohl gerade Süddeutschland wenige Tage zuvor von schwerem Hochwasser heimgesucht worden war. Klimaschutz. Umweltschutz und Na-

> turschutz spielten bei der Wahl eher eine Nebenrolle, im Zentrum standen Migration und die Frage, wie Europa beschaffen sein soll. Letztendlich war die Europawahl eine Abrechnung mit der Politik der Ampel, speziell auch mit der von vielen Bürgern als ausufernd empfundenen Migration und mit dem nicht ausreichend durchdachten und schlecht kommunizierten Heizungsgesetz. Klima-, Umwelt- und Naturschutz wurden im Vorfeld der Europawahl zunehmend als moralisierende Gängelei empfunden und diese Empfindung populistisch ausgeschlachtet. Die Folgen dieser Entwicklung bekam auch die ÖDP zu spüren.

So musste die ÖDP in nahezu allen Kreisen Baden-Württembergs gegenüber dem guten Ergebnis der letzten Europawahl Verluste einstecken, die in ihren Hochburgen am deut-



Pavillon der ÖDP beim Run for Europe Breisach

lichsten ausfielen. Landesweit erhielt die ÖDP in Baden-Württemberg 0,7 % (2019: 1,1 %). Die besten Ergebnisse erzielten Ravensburg (1,7 %), Biberach (1,5 %), Rottweil (1,3 %), Emmendingen, Heidenheim und Schwäbisch Hall (jeweils 1,1 %).

Bei der Kommunalwahl wieder zahlreiche Mandate gewonnen

Erfreulicher ist die Kommunalwahl verlaufen, bei der die ÖDP über ihre Listen 38 Mandate gewinnen konnte. In der Region Stuttgart hat die Kooperation mit Volt geklappt. Bei der Regionalwahl hätten wir uns statt der 2,0 % – gegenüber der letzten Regionalwahl fast unverändert – zwar ein etwas besseres Ergebnis erhofft, aber immerhin sind wir wieder mit zwei Mandatsträgern im Regionalparlament vertreten. Die beiden Volt/ÖDP-Listen im Kreis Böblingen (1,34 %) und in der Stadt Esslingen (3,63 %) erzielten jeweils ein Mandat, womit beide Parteien von der Kooperation in der Region Stuttgart einen Vorteil hatten.

Bei den Kreistagswahlen erzielten auch die ÖDP-Listen ohne eine andere Partei durchweg respektable Ergebnisse: Ravensburg 5,18 %, Biberach 4,98 %, Rottweil 3,4 %, Emmendingen 3,38%, Heidenheim 3,34%, Heilbronn 3,03%, Schwäbisch Hall 2,23%, Rems-Murr 1,95%, Calw 0,52% und Breisgau-Hochschwarzwald 0,25 %. Wenn man bedenkt, dass in Calw und Breisgau-Hochschwarzwald nur in einem einzigen Wahlbezirk ein Antritt erfolgte, wird auch dort durchaus vorhandenes Potenzial deutlich. Auch wenn dort kein Mandat errungen wurde, war die Wahlteilnahme ein Schritt zum Ausbau der Parteistrukturen vor Ort. Gute Ergebnisse bei Kommunalwahlen hängen stets davon ab, ob sich auf der Liste bekannte und angesehene Persönlichkeiten finden. Wo Zugpferde verstorben oder erkrankt sind, sind die Ergebnisse gesunken, wo neue hinzugekommen sind, sind sie gestiegen.

Respektabel waren auch die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen: Bad Rappenau erzielte 10,82%, Dischingen 10,35%, Gerstetten 9,3%, Teningen 9,1%, Denzlingen 8,19%, Altshausen 7,53%, Bodman-Ludwigshafen 7,6%, Schramberg 6,1%, Friedrichshafen 3,28%, Heidenheim 3,19%, Merzhausen 1,23 %, Stuttgart 0,7 % und Karlsruhe 0,51 %. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die ÖDP in großen Städten schwerer tut als in mittleren und kleinen Städten. Das lässt sich zum einen damit erklären, dass die Bevölkerungsstruktur des mittel- und kleinstädtischen und des ländlichen Raums eher der ÖDP entgegenkommt. Zum anderen treten in Großstädten gewöhnlich mehr Listen als anderswo an, womit die Konkurrenz deutlich größer ist.

Ein Überblick über die Ergebnisse im Vergleich zu den vorhergehenden Wahlen findet sich auf www.oedp-bw.de.

Wir bedanken uns bei allen Mitgliedern und Sympathisanten, die sich aktiv am Wahlkampf beteiligt und/oder kandidiert haben!

Kontakt: ÖDP Baden-Württemberg

Uli Stein, Landesgeschäftsführer Tel.: 0711 6364644 info@oedp-bw.de

Matthias Dietrich, Regionalbeauftragter

Tel.: 07121 880104

matthias.dietrich@oedp-bw.de

Bayern

ÖDP-Landesparteitag bestätigt Doppelspitze Agnes Becker und Tobias Ruff

Der Landesparteitag der bayerischen ÖDP hat Ende April in Regensburg Agnes Becker mit 100 % und Tobias Ruff mit 94,9 % der gültigen Stimmen als Landesvorsitzende im Amt bestätigt. Mit diesem herausragenden Ergeb-

ÖP Nr. 196 | September 2024



Der Landesparteitag der ÖDP Bayern tagte in Regensburg.



Die wiedergewählten Landesvorsitzenden (vorne, von links): Tobias Ruff und Agnes Becker

nis honorierten die rund 180 Delegierten, dass die ÖDP unter der Doppelspitze Becker/ Ruff bei der Landtags- und Bezirkswahl einen leichten Zuwachs verbuchen konnte.

Die weiteren Personalentscheidungen des ÖDP-Parteitags: Martha Altweck-Glöbl, stellvertretende Landrätin im Kreis Straubing-Bogen, und Thomas Büchner, Kreis- und Stadtrat im Kreis Coburg, bleiben Vize-Vorsitzende. Schatzmeister ist weiterhin Bezirksrat Alexander Abt aus Memmingen. Beisitzer sind Tristan Billmann (Neustadt/Aisch), Esther Wagenhäuser (Schweinfurt), Christoph Zollbrecht (Kreisrat, Amberg-Sulzbach) und Agnes Edenhofer (Kreis- und Gemeinderätin, Weilheim-Schongau).

Den Kurzfilm über den Landesparteitag finden Sie auf www.oedp-bayern.de oder unter: www.t1p.de/0djm2

Kontakt: ÖDP Bayern

Urban Mangold
Presseanfragen/Mandatsträgerbetreuung
Tel.: 0851 931131
urban.mangold@oedp-bayern.de
www.oedp-bayern.de

Brandenburg

Von wirksamem Konzernlobbyismus und ersten kommunalen ÖDP-Mandaten

Wir waren entsetzt, stimmten doch die Grünheider Gemeindevertreter unter dem politischen Druck von Minister Steinbach, Robert Habeck und Kanzler Olaf Scholz entgegen dem Votum der Grünheider Bevölkerung. Diese hatte sich am 21.02.2024 in einer Bürgerbefragung mit fast zwei Dritteln gegen die ursprünglichen Erweiterungspläne von Tesla ausgesprochen. Querbeet durch alle Alters- und sozialen Gruppen sowie in allen



Ortsteilen. Das Votum der Bürger gegen diesen unpassenden Standort war zwar nicht bindend, aber ein wichtiges Signal. Das Ergebnis muss ernst genommen werden. Wer das nicht tut, zerstört das Vertrauen in die Demokratie. Die "Berliner Zeitung" kommentierte: "An der Befragung beteiligten sich 70% der Wahlberechtigten. So viele, wie sonst nur an Bundestagswahlen. Allein die Masse der Stimmzettel gibt dem Ergebnis ein gehöriges Gewicht. Es waren fast doppelt so viele Nein-Stimmen. Klarer kann die Ablehnung nicht sein." Den nun beschlossenen Bebauungsplan hatten zuvor vier von sechs Ortsbeiräten abgelehnt, dann aber elf von 19 Gemeindevertretern abgenickt. Wirtschaftsminister Robert Habeck hatte zuvor deutlich Druck aufgebaut: "Niemand kann ein Interesse an Deutschland ohne Automobilproduktion haben [...] Wir werben darum, dass die Autos der Zukunft hier produziert werden und Arbeitsplätze und Wertschöpfung hier gehalten werden. Und solche Autos baut eben auch Tesla" (www.t1p.de/3g2e1). Ungeachtet der Proteste gegen das Werk setzte Bundeskanzler Olaf Scholz am 11.05. in einer Talkrunde noch einen drauf: Die Ansiedlung der Fabrik sei zwar umstritten, "aber ich hoffe, sie wird ihre Produktion noch weiter verdoppeln" (www.t1p.de/g4r04). Blickt man ins Jahr 2015 zurück, als Scholz noch regierender Bürgermeister in Hamburg war, wird deutlich, dass er mit zweierlei Maß misst: Damals hatte er ein für viele überraschendes Bürgervotum von 51% gegen die Olympiabewerbung schweren Herzens respektiert: "Ich bin enttäuscht. Ich hätte mir jetzt sehr gewünscht, dass wir jetzt weitermachen können mit all dem Elan, der sich in Hamburg gezeigt hat. Wir wissen, dass die Umstände jetzt nicht so sind, wie man sie sich für eine solche Entscheidung wünscht" (www.t1p.de/8n8vj). Und nun hören wir von demselben Scholz, wie er rechtfertigt, dass der Bevölkerungswille bei einer eindeutigen Mehrheit ignoriert wird. Noch schlimmer wertet der Brandenburger ÖDP-Landesvorsitzende Thomas Löb aber den "vorauseilenden Gehorsam", mit dem Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) dem US-Unternehmer versicherte, sein Chef und Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) würde alle Steine aus dem Weg räumen, die den weiteren Ausbau des Werks blockierten. Die Zusicherung zeige daher "einmal mehr und überdeutlich undemokratisches Agieren der Brandenburger Regierungspartei", so Löb. Der ehemalige TU-Berlin-Direktor Steinbach rechtfertigte sich damit, dass er stolz darauf sei, Elon seinen Freund nennen zu können. "Da wirft es ein fragwürdiges Licht auf das in unserer Verfassung fixierte Verständnis der Gewaltenteilung, wenn regierende SPD-Vertreter dem permanenten Regelbrecher Tesla vorab schon freie Fahrt signalisieren." Unterdessen versteigt sich Tesla-Chef Elon Musk in Vorwürfen über die Demonstrierenden und Tesla-Kritiker. Sie seien zu 90 % gewaltbereit. Die stete Kriminalisierung von Anwohnern, Nachbarn, Freunden, Umwelt- und Naturschützern, teils schon am Krückstock, die nichts anderes als die Einhaltung geltender Schutzgebietsverordnungen und die Respektierung des Bürgervotums in Grünheide fordern, ist nicht hinnehmbar. Hinter den Handlungen der Grünheider Entscheidungsträger und den damit verbundenen massiven Umweltzerstörungen erkennt man eine erschreckende Ignoranz gegen den Bürgerwillen und Umwelterfordernissen. Denn



es gibt allein zwei negative Stellungnahmen der oberen Naturschutzbehörde zu dem nun vorschnell beschlossenen Bebauungsplan, dass Kartierungen von seltenen und streng geschützten Tierarten, wie etwa der Fledermäuse, viel zu alt und überholt sind. Schließlich haben sich die Tiere nach früheren Rodungen durch die Bahn nachweislich längst andere Quartiere in jenem Waldabschnitt eingerichtet. Dieser Wald ist ein wichtiger Teil unseres Wasser- und Landschaftsschutzgebiets. Es ist jede Mühe wert, sich für seinen Erhalt und damit die Einhaltung der geltenden Verordnungen des Landschaftsschutzes und der Wasserschutzgebiete einzusetzen.

Wer ist denn nun auf dem Foto? Wie könnte man Musks größte Fanboys noch besser darstellen als auf diesem Bild, welches am 13.03. in der Tesla-Zentrale entstand? Es ist keineswegs ein privater Schnappschuss, auch kein Erinnerungsfoto eines Tesla-Mitarbeiters, sondern ein offizielles Pressestatement aus der Staatskanzlei des Wirtschaftsministers. Die markant erhobenen Daumen von Elon

Musk wurden auf Steinbachs Twitter-Account verbreitet. Ein unmissverständliches Machtgehabe des Tesla-Eigners gegenüber den Regierenden aus Brandenburg und Berlin.

Genau deshalb war es für uns so wichtig, bei den Kommunalwahlen erstmalig als konzernspendenfreier Gegenentwurf anzutreten. Und wir errangen einen Sitz im Kreistag mit Tanja Schipporeit sowie einen Stadtratsposten in Erkner mit Thomas Löb (3,1%) in Oder-Spree. In Grünheide reichte es mit 2,6% leider knapp nicht, da das in Brandenburg angewandte d'Hondt-Auszählverfahren leider zu einer größeren Verzerrung zugunsten stärkerer Parteien und zulasten schwächerer Parteien führt. Im Endeffekt gibt es nun Regionen, in denen zu 30–40% AfD-Mandatsträger im Kreistag sitzen.

ÖP Nr. 196 | September 2024

Kontakt: ÖDP Brandenburg

Thomas Löb, Landesvorsitzender Tel.: 0175 9966701 info@oedp-brandenburg.de www.oedp-brandenburg.de

BUNDESARBEITSKREIS MOBILFUNK

Elektrosmog reduzieren

Aktuell beschäftigt sich der BAK Mobilfunk mit den Folgen der durch die Bundesregierung eingeforderten Komplettabdeckung mit Mobilfunknetzen und der damit verbundenen Androhung von Bußgeldverfahren gegen Telekommunikationsfirmen, wenn diese nicht vertragsgerecht alle Funklöcher stopfen. Angesichts möglicher, unter Experten kontrovers diskutierter Gesundheitsschäden wird vielfach vor einem ungehemmten Ausbau gewarnt, wo doch nicht im Entferntesten eine Technikfolgenabschätzung vorgenommen wird.

Ein privater, der Industrie nahestehender Verein darf dabei die Grenzwertdiskussion immer noch derart dominieren. Holger Geißel, BAK-Mitglied und Vorsitzender des ÖDP-Kreisverbands Neuburg-Schrobenhausen, hat hierzu eine Pressemeldung über die besagte Organisation ICNIRP verfasst. Sie ist nachzulesen unter www.t1p.de/raprm.

Die Ausbaufolgen gehen einher mit erheblichen Problemen für elektrohypersensible Menschen vor Ort. Sie haben etwa unter größten Mühen einst ein halbwegs strahlungsarmes Refugium für sich gefunden, werden dort nun aber mit neuen Antennenmasten konfrontiert. Der BAK-Vorstand schrieb deshalb exemplarisch unterstützend Briefe an Umweltbundesministerin Lemke, um jenes konkrete Mobilfunkprojekt zu überdenken. Ergebnis: Die Masten sind auch nach neun Monaten noch nicht in Betrieb genommen. Ein Damoklesschwert bleibt es dennoch. Das Beispiel zeigt jedoch, dass es lohnt, sich gemeinsam für etwas zu engagieren.

Zur Weiterentwicklung des bundespolitischen Programms der ÖDP wird der BAK Mobilfunk sich zudem mit seiner Expertise einbringen, um die Themenkomplexe Niederfrequenz und Oberwellen dort mit aufneh-

men zu lassen, da die auf dem Bundesparteitag 2023 verabschiedete neue Kapitelüberschrift "Elektrosmog" den Inhalt des Kapitels aktuell noch nicht vollständig widerspiegelt. Gerade Baubiologen betrachten die potenziellen Auswirkungen von Elektrosmog, insbesondere die sogenannten Oberwellen von Wechselrichtern von Photovoltaik-Anlagen. Obwohl die Industrie oft behauptet, dass Elektrosmog nicht gesundheitlich relevant sei, ist es nach Meinung des BAK wichtig, die Exposition zu minimieren, gerade in der Nähe von Photovoltaik-Anlagen. Insgesamt sind Baubiologen sensibilisiert für die Wechselwirkungen zwischen der Technologie und dem Wohlbefinden der Bewohner und berücksichtigen diese Aspekte bei der Bewertung von Gebäuden etwa für einen gesünderen Schlaf.



Mitglieder des BAK Mobilfunk beteiligten sich auch an der Mahnwache zum Internationalen Tag der Elektrohypersensibilität am 16.06.2024 vor dem Roten Rathaus in Berlin.

Migration – ein wichtiges aktuelles Thema

Der Bundesarbeitskreis (BAK) Asyl und Integration hat in den letzten Jahren zahlreiche Videokonferenzen und Fachgespräche veranstaltet, Faltblätter erarbeitet und an Pressemitteilungen und Programmtexten mitgewirkt. Dass unser BAK immer wieder aktiv wurde, hängt auch damit zusammen, dass dem Thema Migration eine große Bedeutung zukommt. Wir vertreten die Ansicht, dass sich die ÖDP auch zu drängenden gesellschaftspolitischen Fragen kompetent äußern muss.

Erstarken der "Rechten" aufgrund zunehmender Polarisierung

Dass die Stimmung bezüglich Flüchtlingen kippen würde, war seit geraumer Zeit abzusehen. Seit 2015, also dem Beginn der Flüchtlingswelle insbesondere aus Syrien, ist es in der Politik und Bevölkerung zu einer zunehmenden Polarisierung gekommen. Von der einen Seite wurden die Probleme kleingeredet und die multikulturelle Gesellschaft idealisiert, von der anderen Seite wurde gegen die Flüchtlinge gewettert und die Lage dramatisiert. Beide Seiten haben sich am jeweils entgegengesetzten Pol abgearbeitet und sich über die Polarisierung profiliert. Weil ganz offensichtliche Missstände in der Migrations- und speziell auch Flüchtlingspolitik nicht ausreichend zur Sprache gebracht, analysiert und behoben wurden, sind die "Rechten" immer selbstbewusster und stärker geworden - das zeigen nicht zuletzt die gegenwärtigen Wahlergebnisse. Die "Linken" dagegen sind geschwächt und haben Mühe, sich zu rechtfertigen.

Die ÖDP als sachliche und differenzierte Stimme der "politischen Mitte"

Die ÖDP als Partei der "politischen Mitte" hat die Aufgabe, zwischen den beiden Polen eine eigenständige Position zu beziehen. Verlautbarungen müssen deutlich in der Sache, dabei aber stets sachlich, differenziert und fundiert sein. Sie sollten auf zwei Pfeilern beruhen: Zum einen müssen wir darauf drängen, dass die Fluchtursachen bekämpft werden. Zum anderen müssen wir aber auch zu aktuellen migrationspolitischen Entscheidungen und Entwicklungen Stellung beziehen.

Fluchtursachen bekämpfen

Fluchtursachen gibt es viele: Kriege, Bürgerkriege, Verfolgung, Kampf um Rohstoffe, Klimaerwärmung, Umweltzerstörung, Militarisierung, ungerechte Handelsbeziehungen, Aussichtslosigkeit, Korruption sowie ethnische und religiöse Konflikte. Meist sind verschiedene Fluchtursachen miteinander verwoben. Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist also ein schwieriges und langwieriges Unterfangen. Hinzu kommt, dass vergleichsweise wohlhabende Staaten wie Deutschland zwar erheblich zu den Fluchtursachen beitragen, diese aber zum Teil auch von den Krisenstaaten selbst zu verantworten sind. Unser Einfluss ist also begrenzt.

Ukrainische Kriegsflüchtlinge nicht besserstellen

Eine Stellungnahme des BAK Asyl und Integration kritisierte die Besserstellung der ukrainischen Kriegsflüchtlinge gegenüber anderen Kriegsflüchtlingen. Ukrainer erhielten ursprünglich Leistungen zur Bestreitung des Lebensunterhalts nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz. Zuständig für die Gewährung der Leistungen war das Sozialamt. Auf Beschluss von Bund und Ländern erhielten ab dem 1. Juni 2022 ukrainische Kriegsflüchtlinge Leistungen nach dem zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) und damit Bürgergeld. Dieser Beschluss lag – so die Vermutung des BAK – im Bestreben begründet, ukrainische Kriegsflüchtlinge unabhängig von der Dauer des Krieges dauerhaft in Deutschland zu integrieren. Humanitäre Aspekte spielten dabei wohl eine untergeordnete Rolle. Vorrangig schien es darum zu gehen, den Arbeitskräftemangel in Problem-Branchen wie z. B. in der Pflege, in der Landwirtschaft oder im Gast-

stättengewerbe zu beheben. Letztendlich hat der Beschluss zu einer sehr unausgewogenen Lage zwischen den in der Heimat verbliebenen und den nach Deutschland geflohenen Ukrainern geführt, außerdem zu Missgunst bei anderen Flüchtlingen und der einheimischen Bevölkerung. Dazu kommt, dass der Sozialstaat, die Flüchtlingsunterkünfte, der Wohnungsmarkt und die Bildungseinrichtungen über Gebühr belastet wurden.

Geflüchtete Menschen sollten gleich behandelt und Flucht und Arbeitsmigration deutlich getrennt werden. Das Erwerben von Deutschkenntnissen und die Arbeitsaufnahme sind grundsätzlich zu fördern und zu for-

Matthias Dietrich

BUNDESARBEITSKREIS CHRISTEN IN DER ÖDP

Infostand beim Katholikentag 2024

Mit logistischer und personeller Unterstützung der Erfurter Mitglieder konnte der BAK "Christen in der ÖDP" während des Katholikentags an einer sehr günstigen Stelle direkt am Domplatz in Erfurt einen Infostand organisieren und an drei Tagen betreuen. Auch

JÖ-Mitglieder hatten eine Schicht übernommen. Außerdem war unser EU-Wahl-Kandidat Dr. Michael Stöhr (Listenplatz 2) mit am Stand.

Es wurden mehrere Hundert

BAK- und EU-Wahl-Faltblätter verteilt und zahlreiche Unterstützungsunterschriften für die Landtagswahl in Thüringen gesammelt. Viele ÖDP-Mitglieder und Interessenten steuerten gezielt unseren Stand an. Mehrere Standbesucher gaben sogar an, durch den Wahl-O-Mat auf die ÖDP aufmerksam geworden zu sein. Axel Gebhardt





Einwanderung gemeinsam gestalten!

Zum Thema Einwanderung kann man sich trefflich streiten. Wenn aber jeder nur die eigenen Interessen im Blick hat, wird es schwierig, gesamtgesellschaftliche Lösungen zu finden. Wir als Ökologisch-Demokratische Partei treten seit ieher für eine Politik ein, die auf Frieden und gute Lebensbedingungen für alle Menschen abzielt. Wir sind überzeugt, dass ein solches Miteinander möglich ist, wenn jeder seinen Teil dazu beiträgt und die Menschen mitgenommen werden. Sind Sie dabei?





Beitrittsantrag

Ich bin mindestens 14 Jahre alt und beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei als

- sofortiges reguläres Mitglied
 Schnuppermitglied
- O Ich möchte zusätzlich Mitglied in der "Bundesvereinigung JÖ – jung.ökologisch" sein.²

Pflichtfeld* bitte ausfüllen!

Vorname*	
Name*	
Straße, Hausnr.*	
PLZ, Ort*	
E-Mail*	
Mobil/Telefon*	
Beruf	
Geburtstag*	
Der Beitritt wurde mir empfohlen	
von	
Frühere und aktuelle Parteimitgliedschaft/-en (Partei/Zeitraum)*:	

Sie haben ein Recht auf Auskunft und Löschung und können einer weiteren Nutzung Ihrer Daten jederzeit an datenschutz@oedp.de widersprechen. Zusätzliche Informationen: www.oedp.de/datenschutz www.oedp.de/mitgliedschaft

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr)

- O den Regelbeitrag von 8. Euro pro Monat
- O den Familienbeitrag von 8,- Euro pro Monat (bitte Familienmitglieder gesondert auflisten)
- O den Seniorenbeitrag von 4,- Euro pro Monat
- O den ermäßigten Beitrag von 1,- Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, Bürgergeld-Empfänger)

Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von Euro

Ich übernehme die jährlichen Kosten für die Mitgliederzeitschrift "ÖkologiePolitik":

O 20 € als Postsendung O 10 € als PDF (digital)

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE17ZZZ00000029054 andatsreferenznummer: (wird separat nachgereicht)

ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, Zahlungen von meinem gegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise mein Kreditinstitut an, die von der ÖDP auf mein Konto gezogenen stschriften einzulösen.

nweis: Ein Widerspruch ist ab Belastungsdatum acht Wochen iglich. Es gelten die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Be-

jährliche Abbuchung Ohalbjährliche Abbuchung

ontoinhaber/-in*____

wendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind euerlich absetzbar. Mit dem Steuerausgleich werden unabhängig m persönlichen Steuersatz 50 % des jeweiligen Betrags vom anzamt zurückerstattet (§ 34g EStG).

verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für e Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. vereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige tgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology der die Zugehörigkeit zur "Reichsbürgerbewegung".

rt, Datum*_____

Unterschrift*

Bitte ausschneiden und per Post senden an: ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommergasse 1 97070 Würzburg | Fax: 0931 4048629

Mehr Ökologie Politik

Die ÖkologiePolitik ist im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 20,- Euro (per Post) bzw. für 10.- Euro (per E-Mail) im Jahr abonnieren.

Alle Infos unter: www.oekologiepolitik.de/abonnement/

IMPRESSUM

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 1. Oktober 2024

Ökologisch-Demokratische Partei Pommergasse 1, 97070 Würzburg Tel.: 0931 40486-0, Fax: 0931 40486-29 info@oedp.de | www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann Jörg-Hube-Straße 109, 81927 München guenther.hartmann@oedp.de

Jan Altnickel, Unstruttal / Thüringen jan.altnickel@oekologiepolitik.de

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe

Dietmar Auffurth, Matthias Dietrich, Axel Gebhardt, Thomas Löb, Urban Mangold, Dr. Claudius Moseler, Thomas Schiffelmann, Charlotte Schmid, Marion Schmidt

Interviewpartner/-innen

Katrin Glatz Brubakk, Ali E. Danabas. Dr. Wido Geis-Thöne, Bernhard Suttner

Grafik/Satz

Heike Brückner – Grafikstudio Art und Weise, Regensburg heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik – Ökologisch-Demokratische Partei Neckarstraße 27-29, 55118 Mainz Tel.: 06131 679820, redaktion@oekologiepolitik.de www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE74 3702 0500 0009 8152 00 BIC: BFSWDE33XXX

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und der politischen Willensbildung.



ÖkologiePolitik wird gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen Engel.

ÖkologiePolitik

Thema im Dezember 2024:

5 Jahre Volksbegehren "Rettet die Bienen!"





22.09.2024 (So.)

Landtagswahl in Brandenburg

www.oedp-brandenburg.de

12.10.2024 (Sa.)

Landesparteitag der ÖDP Rheinland-Pfalz www.oedp-rlp.de

08.-10.11.2024 (Fr.-So.) ÖDP-Bundesparteitag in Gersfeld

www.oedp.de

17.11.2024 (So.)

Landesparteitag der ÖDP Thüringen

www.oedp-thueringen.de

23.11.2024 (Sa.)

ÖDP-Bundeshauptausschuss in Würzburg www.oedp.de

30.11.2024 (Sa.)

Landesparteitag und Aufstellungsversammlung zur Bundestagswahl der ÖDP Baden-Württemberg

www.oedp-bw.de

39 ÖP Nr. 196 | September 2024

¹ Als Schnuppermitglied sind Sie im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritt möglich und kann nicht verlängert werden.

² Nur für Personen unter 36 Jahren, Wenn Sie gleichzeitig der ÖDP beitreten, zahlen Sie nur den ÖDP-Mitgliedsbeitrag, ansonsten 15,-Euro pro Jahr für die JÖ-Mitgliedschaft.

www.oekologiepolitik.de



